



Aktionsbündnis Zukunft statt Braunkohle

Grundlagen und Engagement

Berlin, 30. November 2007

Jeffrey H. Michel, MSc.
04565 Regis-Breitingen OT Heuersdorf
jeffrey.michel@gmx.net

Strompolitik auf dem Scheideweg



Ist ein Abschied von der Braunkohle wirtschaftlich, technologisch und beschäftigungspolitisch erreichbar?



Eine positive Antwort darauf ist Voraussetzung für dauerhafte regionalwirtschaftliche Eigenständigkeit.

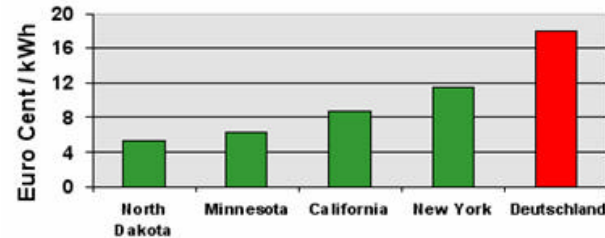
Denn: Die Braunkohle ist endlich und umweltschädlich.



Strom aus der Braunkohle wird zum gleichen Preis wie Importenergie verkauft. Der Endkunde hat deshalb keinen Preisvorteil aus dem heimischen Brennstoff. Die Braunkohlenutzung verursacht aber zusätzliche Nachteile:

- höchste Emissionen (CO₂, SO₃)
- Kultur- und Landschaftsverlust
- bergbaubedingte Arbeitslosigkeit
- Innovationsrückstand
- Schwächung der Infrastruktur
- Abwanderung

Strompreisvergleich

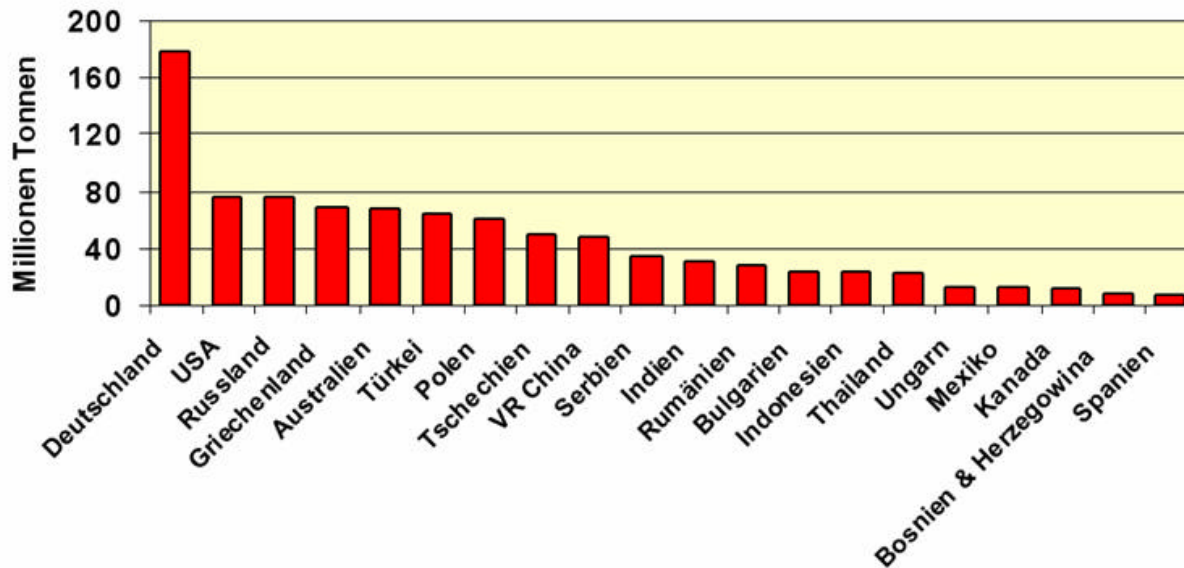


In den USA liegt der Strompreis in den Bergbauregionen weitaus niedriger, als in den übrigen Bundesstaaten. Umweltnachteile werden damit teilweise durch Preisvorteile wieder ausgeglichen.

Fazit: Braunkohlenstrom ist für die deutschen Bergbauregionen ein Minusgeschäft.

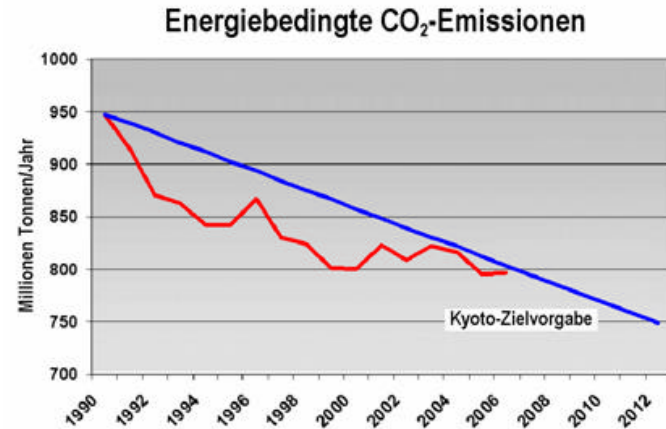
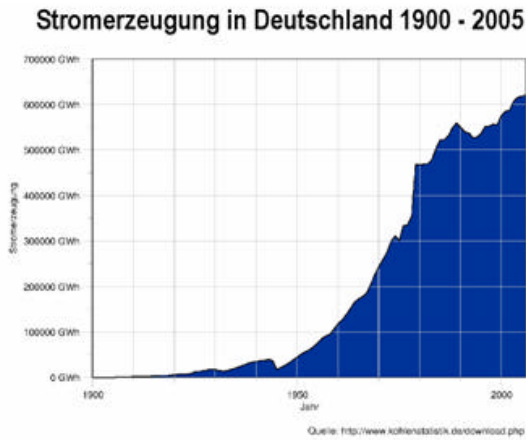
**Deutschland bestreitet mit 178 Millionen
Tonnen/Jahr ein Fünftel des weltweiten
Braunkohleabbaus.**

Braunkohleförderung 2005



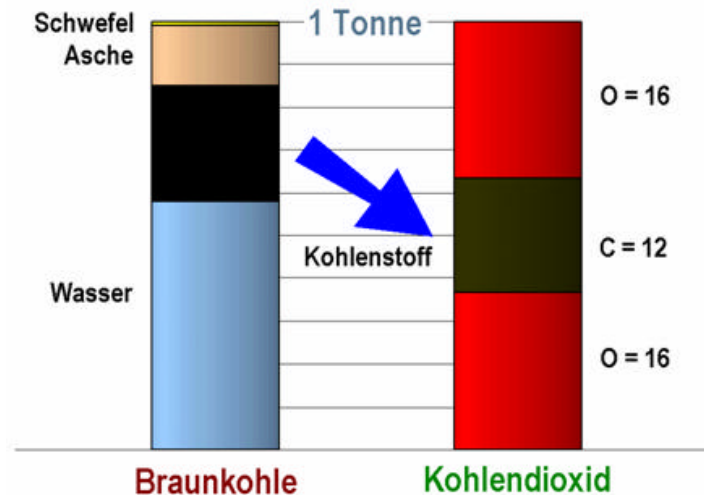
Die Stromerzeugung nimmt trotz Effizienzsteigerungen weiter zu.

- Die Braunkohlekraftwerke werden über ihre normale Lebensdauer und Nennbetriebsstundenzahl hinaus betrieben.
- Ohne Einschränkung der fossilen Stromerzeugung wird die Kyoto-Zielerfüllung gefährdet.



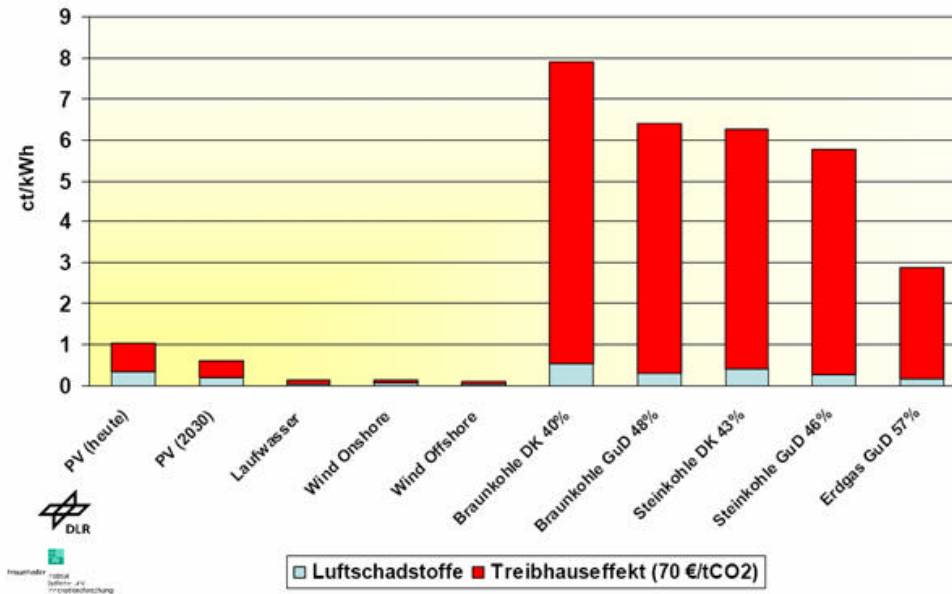
CO₂-Emissionen auf hohem Niveau durch Braunkohlenutzung

Bei der Verbrennung einer Tonne Braunkohle wird ca. eine Tonne des Treibhausgases Kohlendioxid (CO₂) emittiert.

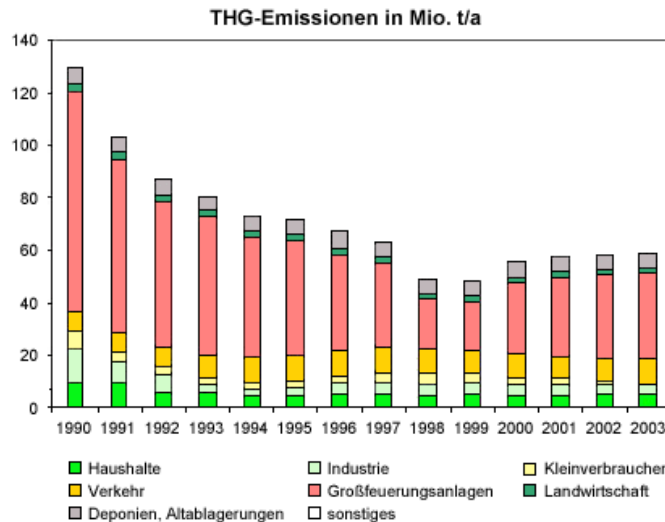


Braunkohleverstromung verursacht die höchsten Luftschadstoffbelastungen.

Schadstoffbedingte Beeinträchtigungen von Gesundheit und Umwelt sowie Auswirkungen auf das Klima verursachen bei der Braunkohle indirekte Kosten von knapp 8 Cent pro kWh, oder 12 Milliarden Euro pro Jahr (Bundesumweltministerium, Mai 2006).



Sachsen: mit 62%iger CO₂-Senkung Hauptträger des deutschen Klimaschutzes



62% aller bundesdeutschen CO₂-Reduzierungen seit 1990 sind in Sachsen durch Ausgliederung der ineffizienten Braunkohlenutzung erfolgt.

Alle übrigen 15 Bundesländer haben damit im Durchschnitt jeweils nur 2,5% der vermiedenen Kohlenstoffemissionen zur Klimaschutzbilanz beigetragen.

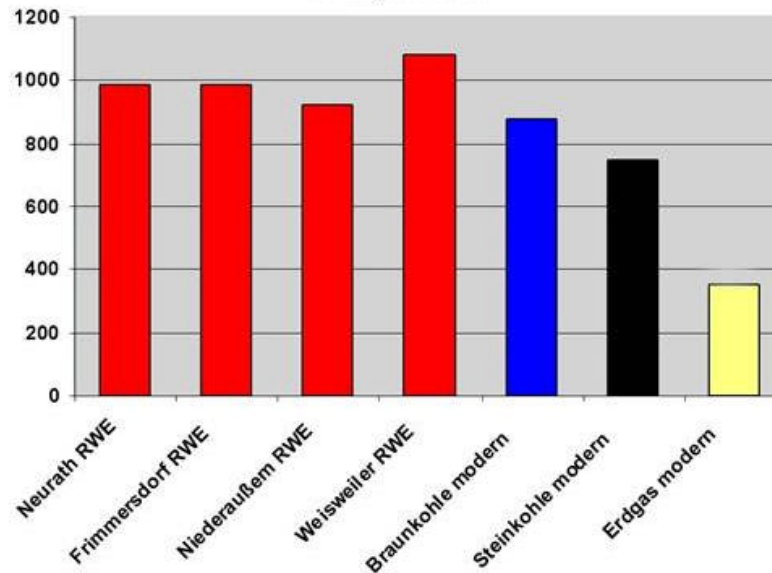
Deutschland baut weitere Kohlekraftwerke



- 26 Kraftwerksblöcke - davon 5 mit Braunkohlefeuerung - sind wegen Erneuerungsbedarfs und Absatzsteigerung in Planung.
- Beim geplanten MIBRAG-Braunkohlekraftwerk in Profen ist der vom BMU gesetzte Ankündigungstermin (30.09.2007) als Bedingung einer CO₂-Härtefallregelung für drei Altanlagen nicht eingehalten worden.

RWE-Kraftwerke im Rheinland, größtenteils auf Braunkohlenbasis, sind mit 140 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr die größte Quelle von Treibhausgasemissionen in Europa überhaupt.

Kraftwerksemissionen
CO₂/kWh



Drei Tagebaue im Rheinland bestreiten 55% der deutschen Braunkohleförderung.

BRAUNKOHLETAGBAUE IM RHEINLAND

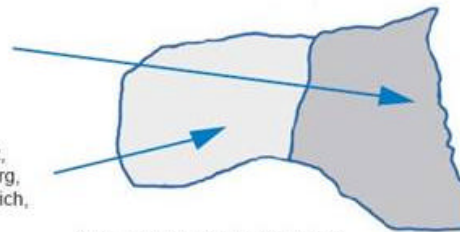
Tagebau	Bundesland	Eigentümer	Vorrat	Jahresförderung (2006)
			Millionen Tonnen	Millionen Tonnen
Garzweiler II	Nordrhein-Westfalen	RWE	1250	35 - 40
Hambach	Nordrhein-Westfalen	RWE	1.772 – 2.500	40
Inden	Nordrhein-Westfalen	RWE	510	20 - 25
Summe	Rheinland			96,2 (55%)
	Deutschland ges.			176,3

Garzweiler I:

Belmen, Elften, Garzweiler,
Königshoven, Priesterath

Garzweiler II:

Berverath, Borschemisch, Holz,
Holzweiler, Immerath, Keyenberg,
Kuckum, Lützerath, Oberwestrich,
Otzenrath, Pesch, Spenrath,
Unterwestrich



Solarenergie-Förderverein-Deutschland e. V.

**Der Tagebaukomplex
Garzweiler erfordert die
Umsiedlung von insgesamt 18
Wohnorten.**

In Ostdeutschland hat die Braunkohlenutzung die größte Ausdehnung.



- Rheinland 100 Mt/a (RWE)
- Lausitz 60 Mt/a (Vattenfall)
- Mitteldeutschland 20 Mt/a (MIBRAG & Romonta)
- Neue Abbaustätten werden bei Leipzig und Magdeburg sowie in der Lausitz und in Mecklenburg erkundet.

Fünf Braunkohlekraftwerke im Osten liefern 12% des bundesdeutschen Stromes.

BRAUNKOHLE-STROMKRAFTWERKE IN OSTDEUTSCHLAND

Standort	Bundesland Revier	Eigentümer	Nenn- Leistung	Abgabe- Leistung	Erzeugung (CARMA)	CO ₂ - Ausstoß
			MW	MW	TWh/a	MT/a
Jänschwalde	Brandenburg Lausitz	Vattenfall Europe	3.000	2.712	26,2	27,4
Boxberg	Sachsen Lausitz	Vattenfall Europe	1.907	1.763	12,8	17,5
Schwarze Pumpe	Brandenburg Lausitz	Vattenfall Europe	1.600	1.426	12,6	12,3
Lippendorf Block R	Sachsen Mitteldeutschland	Vattenfall Europe	937	865	7,5	6,7
Zwischensumme		Vattenfall Europe	7.444	6.715	59,1	63,9
Lippendorf Block S	Sachsen Mitteldeutschland	E.ON EnBW	937	865	7,5	6,7
Schkopau	Sachsen-Anhalt Mitteldeutschland	E.ON Saale Energie	980	358 (öffentliches Netz)	7,2	6,3
Summe	Ostdeutschland		9.361	7.938	73,8 (12%)	76,9
	Deutschland ges.				596,1	836,6

Braunkohlekraftwerk Jänschwalde



3.000 Megawatt



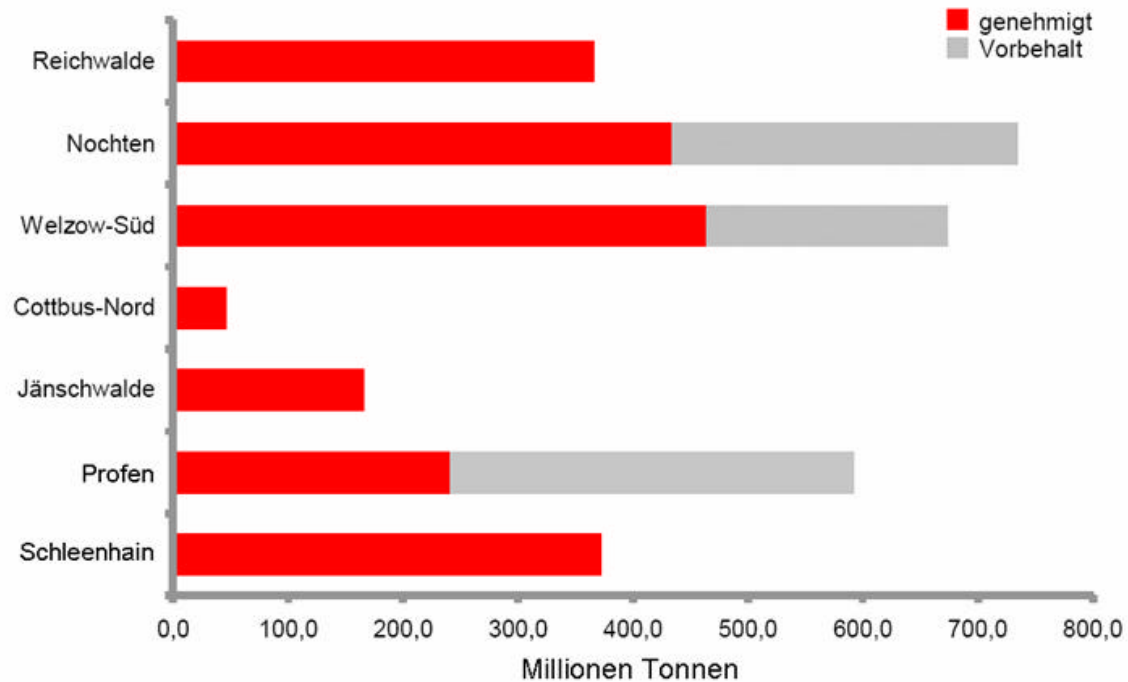
Laut CARMA (www.carma.org) das rangschlechteste Kraftwerk in Europa mit **1045 Gramm CO₂/kWh** und damit **27,4 Millionen Tonnen CO₂/Jahr** entsprechend **6 % des Emissionshandelsvolumens in Deutschland = 453 Mio t / Jahr**

Sechs Tagebaue in den neuen Bundesländer liefern 44% der deutschen Braunkohle.

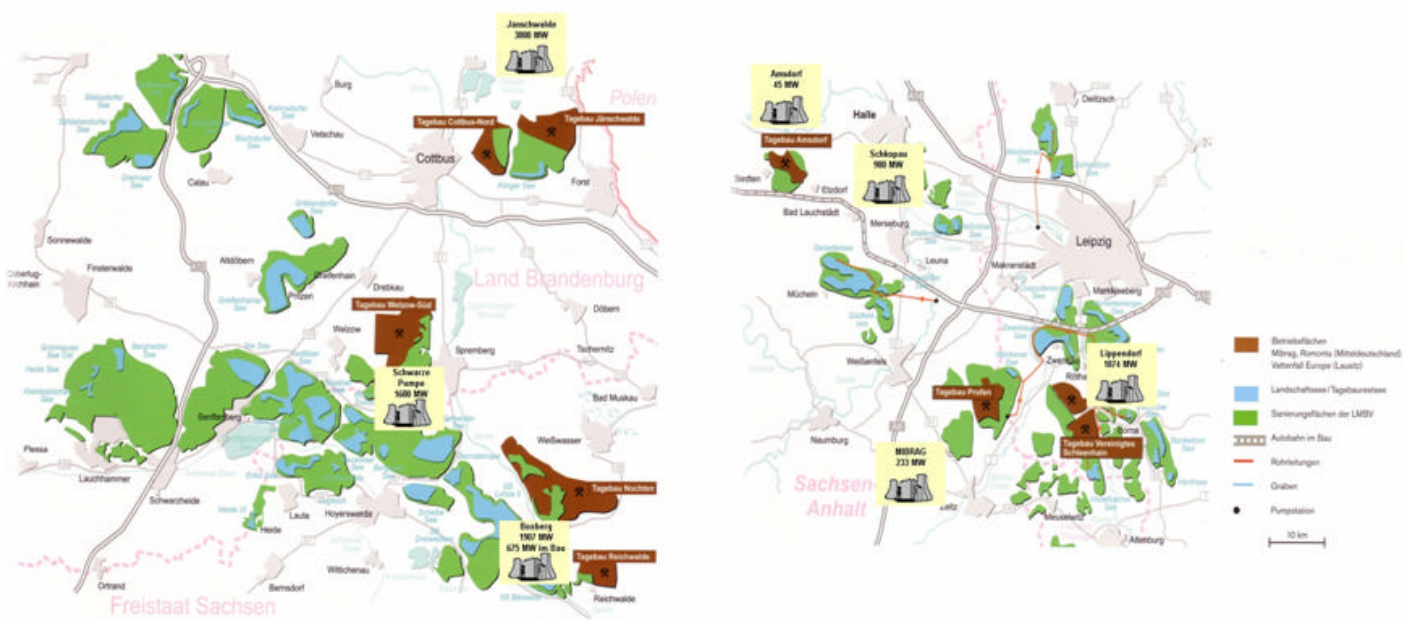
BRAUNKOHPHLETAGBAUE IN OSTDEUTSCHLAND				
Revier	Tagebau	Bundesland	Eigentümer	Jahresförderung <small>(2005)</small>
				Millionen Tonnen
Lausitz	Jänschwalde	Brandenburg	Vattenfall Europe	14,5
Lausitz	Cottbus-Nord	Brandenburg	Vattenfall Europe	4,5
Lausitz	Welzow-Süd	Brandenburg	Vattenfall Europe	21,4
Lausitz	Nochten	Sachsen	Vattenfall Europe	19
Lausitz	Reichwalde	Sachsen	Vattenfall Europe	gestundet
Zwischensumme			Vattenfall Europe	59,4
Mitteldeutschland	Vereinigtes Schleenhain	Sachsen	MIBRAG	10,2
Mitteldeutschland	Profen	Sachsen-Anhalt	MIBRAG	8,4
			MIBRAG	18,6
Summe	Ostdeutschland			78 (44%)
	Deutschland ges.			176,3

Drei Milliarden Tonnen Braunkohle sind an den erschlossenen Standorten im Osten vorhanden.

Kohlevorrat Ostdeutschland Ende 2005

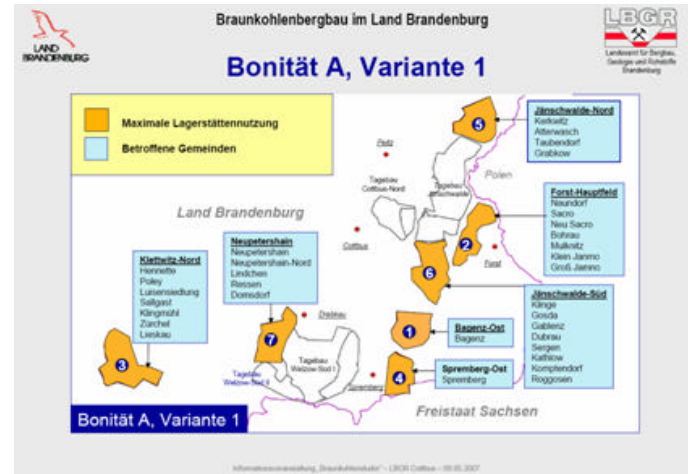
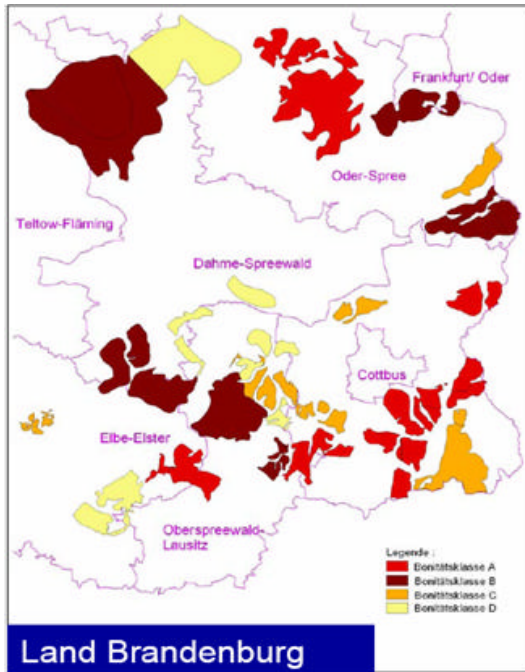


Aktive Braunkohletagebaue in den neuen Bundesländern



Täglicher Aushub = 1,6 Millionen Tonnen → jährlich 8mal Suezkanal (1869)

Brandenburg: hohes Konfliktpotenzial bei Ausweitung der Förderung bis 2070



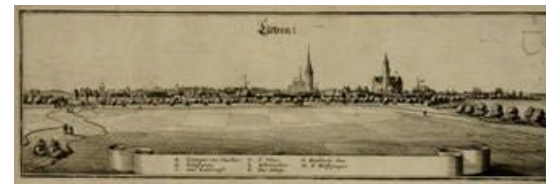
LBGR Brandenburg: „Die Felder der Bonitätsklasse A können eine Rohstoffversorgung bis ca. 2070 gewährleisten.“

Hierzu wäre die Devastierung von bis zu 33 Ortschaften erforderlich.

Mitteldeutschland: historische Ortschaften durch neues MIBRAG-Kraftwerk bedroht



Kirche in Röcken mit Denkmal und Grabstätte Friedrich Nietzsche



Die Stadt Lützen war Schauplatz einer bedeutenden Schlacht im Dreißigjährigen Krieg.

Aktionsbündnis Zukunft statt Braunkohle

- Zusammenschluss regionaler Bürgerinitiativen mit international wirkenden Natur- und Umweltschutzverbänden für die Lausitz und das Rheinland
- Weitere Gruppen treten unter der gleichen Losung gegen MIBRAG-Tagebaue auf:
 - er* Braunkohle-nein! Mecklenburg
 - er* Zukunft statt Braunkohle Egelner Mulde
 - er* Bürgerinitiative Röcken/Sössen im Raum Lützen



Die Kirchen legen – vornehmlich auf lokaler und regionaler Ebene – ein Bekenntnis zur Wahrung der Schöpfung und zum 9. Gebot ab.

Erinnerungskarte
Heuersdorfer Emmauskirche



Du sollst nicht begehren
deines Nächsten Haus.

Du sollst nicht begehren
deines Nächsten Frau,
Knecht, Magd, Rind,
Esel noch alles, was dein
Nächster hat.

2. Buch Mose, 20.17

Die Synode des
Kirchenkreises Cottbus
hat sich gegen neue
Braunkohlentagebaue
ausgesprochen und
Kirchenleitung sowie
Landessynode zum
Widerstand gegen die
Zerstörung von Dörfern
und Landschaften
aufgefordert.



Volksinitiative gegen neue Tagebauaufschlüsse in der Lausitz

www.keine-neue-tagebaue.de

Warum diese Volksinitiative? www.keine-neue-tagebaue.de

- Braunkohleerzeugung zerstört das Klima. Sie setzt mehr Treibhausgase frei als alle anderen Energieträger. Technologien zur Untergundspeicherung der Gase sind reaktiv und noch nicht verfügbar. ■ Braunkohletagebaue zerstören den Wasserhaushalt und schaden damit Mensch und Natur. ■ Mit der Abaggerung gewachsener Dörfer wird die Lausitzer Kulturlandschaft weiter zerstört und zehntausende Menschen aus ihrer Heimat vertrieben. Dies kann selbst eine materielle Entschädigung nicht ausgleichen. ■ Tagebaue zerstören auch das Lebensumfeld der besiedelten Orte. Wir wollen aber, dass sich dort Menschen wie Unternehmen ansiedeln und langfristige Sicherheit haben. ■ Braunkohletagebaue zerstören Lebensräume von Pflanzen und Tieren. Selbst Naturschutzgebiete von europäischer Bedeutung gehen verloren. ■ Alternativen sind machbar. Der Umstieg auf erneuerbare Energien ist innerhalb weniger Jahrzehnte möglich. ■ Bereits genehmigte Tagebaue werden ausgeköhlt, so kann die Braunkohleerzeugung allmählich und sozialverträglich auslaufen.

Volksinitiative »Keine neuen Tagebaue – für eine zukunftsfähige Energiepolitik«

Wir wollen Deutschlands zukunftsicheres und klimafreundliches Energieerzeugen!

Gebot zur nichtaufrechterhaltung von Braunkohletagebau

Art. 1 - § 3 der Landesverfassung und Verordnungen zum Zustandekommen des Bergbaugesetzes im Land Brandenburg (BergBG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. September 2002 (GVBl. S. 509) und die folgende Fassung vom 22. Juni 2004 (GVBl. S. 50) werden wie folgt geändert:

1. Absatz 1 wird wie folgt geändert:

a) Nach dem Wortlaut „Landes Bergbauamt“ wird eingefügt:

„sowie die Volksinitiative „Keine neuen Tagebaue““

b) Der vierte Satz lautet: „Landes Bergbauamt ist zuständig für die Entscheidung über die Erteilung von Bergbau-Lizenzen.“

c) In der Überschrift des Absatzes 1 wird die Formulierung

„Gebot zur Erteilung von Bergbau-Lizenzen“

ergänzt durch:

„sowie die Erteilung von Bergbau-Lizenzen“

d) In dem Absatz 1 des Absatzes 1 wird der Satz:

„Die Erteilung von Bergbau-Lizenzen ist durch die Volksinitiative „Keine neuen Tagebaue““

ergänzt.

2. Der Absatz 2 des Artikels 3 der Landesverfassung wird wie folgt geändert:

a) Der Satz:

„Die Erteilung von Bergbau-Lizenzen ist durch die Volksinitiative „Keine neuen Tagebaue““

ergänzt.

b) Der Satz:

„Die Erteilung von Bergbau-Lizenzen ist durch die Volksinitiative „Keine neuen Tagebaue““

ergänzt.

3. Der Satz:

„Die Erteilung von Bergbau-Lizenzen ist durch die Volksinitiative „Keine neuen Tagebaue““

ergänzt.

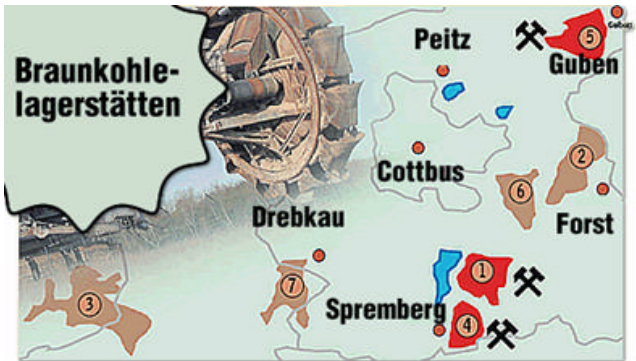
4. Der Satz:

„Die Erteilung von Bergbau-Lizenzen ist durch die Volksinitiative „Keine neuen Tagebaue““

ergänzt.

Nachname	Vorname	Schreibweise	PLZ, Wohnort, Straße, Hausnummer	Datum, Unterschrift

Achtung: Es müssen nur vollständige und leserliche Angaben von volljährigen Personen mit Wohnort in Brandenburg eingegeben werden und alle Angaben sind von der Volksinitiative der Lausitz, Sparkasse, Postfach 147, 15307 Braunsberg, Straßener Straße 14, 15477 Pöchlitz



Die Volksinitiative verbindet Natur- und Umweltgruppen, drei Parteien (LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und Wendische Volkspartei), Kirchenvertreter und den Bauernbund.

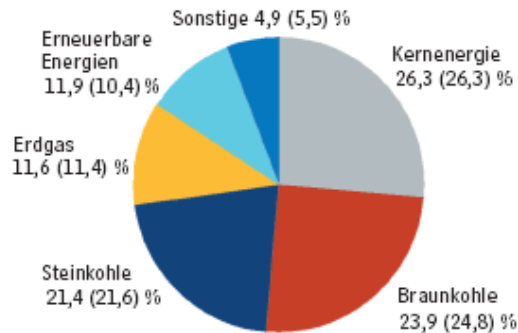
Pulheimer Manifest des Aktionsbündnisses für eine Energieversorgung ohne Braunkohle

(23.09.2006)

- **Klima retten - Braunkohle stoppen**
Braunkohleverstromung bis zur Mitte des Jahrhunderts vollständig beenden, CO₂-Emissionen um 80% senken
- **100 % Erneuerbare Energien ist möglich**
Geringfügig verbesserte Braunkohlekraftwerke für weitere Jahrzehnte blockieren die Energiewende
- **Zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen**
- **Heimat bewahren - Lebensqualität sichern**
- **Natur schützen - Zukunft bewahren**

Das Ziel 100% Erneuerbarer Energien steht auf Konfrontationskurs mit der Braunkohlewirtschaft.

Das bislang erreichte Stromerzeugungsanteil von über 12% konnte die Braunkohle noch nicht zurückdrängen.



Anteilige Stromerzeugung 2006 (2005)

Um die Nachteile der Braunkohlenutzung zu beseitigen, muss mit den Mythen ihrer Befürworter aufgeräumt werden.

Mythos Nr. 1: Die Braunkohle kann klimaverträglich verfeuert werden.

Wahr ist:

- Es gibt bereits erprobungsreife Technologien zur CO₂-Abscheidung am Kraftwerk.

Verschwiegen wird:

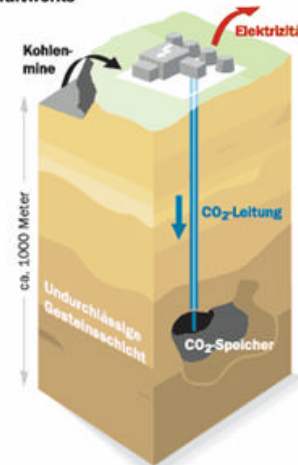
- Der Breitereinsatz kann Jahrzehnte dauern und ist als weltweite Strategie unwahrscheinlich.
- Die Prozesskette erfordert bis zu 40% mehr Energie.
- Der Transport ist sehr aufwendig (Pipeline, Schiene).
- Die Lagerstätten sind weitestgehend unerforscht.
- Das eingefangene CO₂ kann zur Steigerung der Erdölförderung eingesetzt werden = im Ergebnis keine Klimaschutzwirkung.

Zwei CO₂-freie Kraftwerksverfahren werden in Deutschland propagiert.

- Vattenfall erprobt das Oxyfuel-Verfahren, RWE einem nachrüstbaren Prozess mit abgekühltem Ammoniak
- Großtechnische Umsetzung allenfalls erst nach 2020
- 20% - 25% mehr Braunkohle zur Abscheidung und Verflüssigung des Kohlendioxids erforderlich
- Lange Transportwege zu den CO₂-Endlagerstätten, die per Pipeline oder mit der Bahn überwunden werden müssen
- Der Abtransport von CO₂ aus einem Großkraftwerk erfordert pro Stunde zwei Sonderbehälter-Güterzüge mit je 750 Tonnen Frachtgewicht.

Saubere Energie

Funktionsweise eines CO₂-freien Kraftwerks



Das bei der Verbrennung von Kohle anfallende Klimagas CO₂ wird unter Druck verflüssigt und in großer Tiefe dauerhaft gespeichert. So gelangt es nicht in die Atmosphäre.

Quelle: Vattenfall, Tsp

Verbrennung von Braunkohle im Oxyfuel-Verfahren

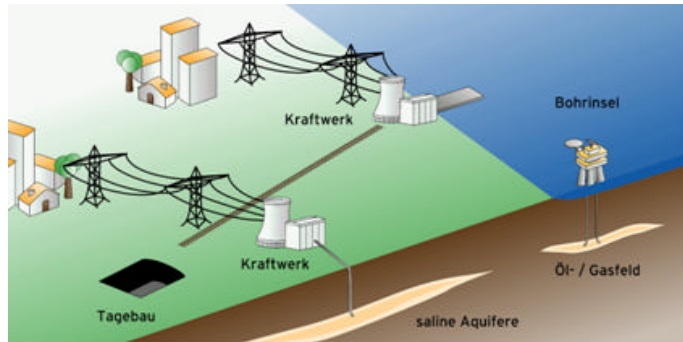


Nur hochkonzentriertes CO₂ kann eingelagert werden. Deshalb ist ein besonderer Verbrennungsvorgang nötig. Dafür werden getrocknete Braunkohle und reiner Sauerstoff verwendet. Als Abfallprodukte entstehen Gips, Asche und fast reines CO₂.

Tsp/Bartel

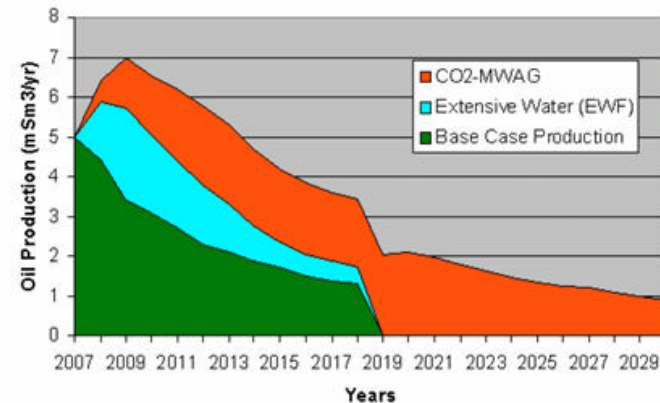
Verborgene Tatsachen um das CO₂-freie Braunkohlekraftwerk

1 Tonne Braunkohle ergibt 1 Tonne CO₂



Vattenfall erwägt die Errichtung von CO₂-freien Braunkohlekraftwerken direkt an der Nordsee. Denn der kostenträchtige Bahntransport wasserhaltiger Rohbraunkohle wäre immer noch preiswerter, als die doppelte Güterzugfrequenz mit CO₂-Sonderbehältern, welche das effektive Frachtgewicht halbieren.

CO₂ wird zur Erdölförderung verpresst



Der Verkauf flüssigen CO₂ an die Erdölindustrie verspricht hohe Zusatzgewinne. Dieses Kohlendioxid wird zur Steigerung der Ausbeute von Erdölförderstätten verpresst. Doch das anschließend verbrannte Erdöl emittiert wieder erhebliche CO₂-Mengen und liefert ein klimapolitisches Nullsummenspiel.

Mythos Nr. 2: Die Braunkohleförderung in der Lausitz wird reduziert.

Wahr ist:

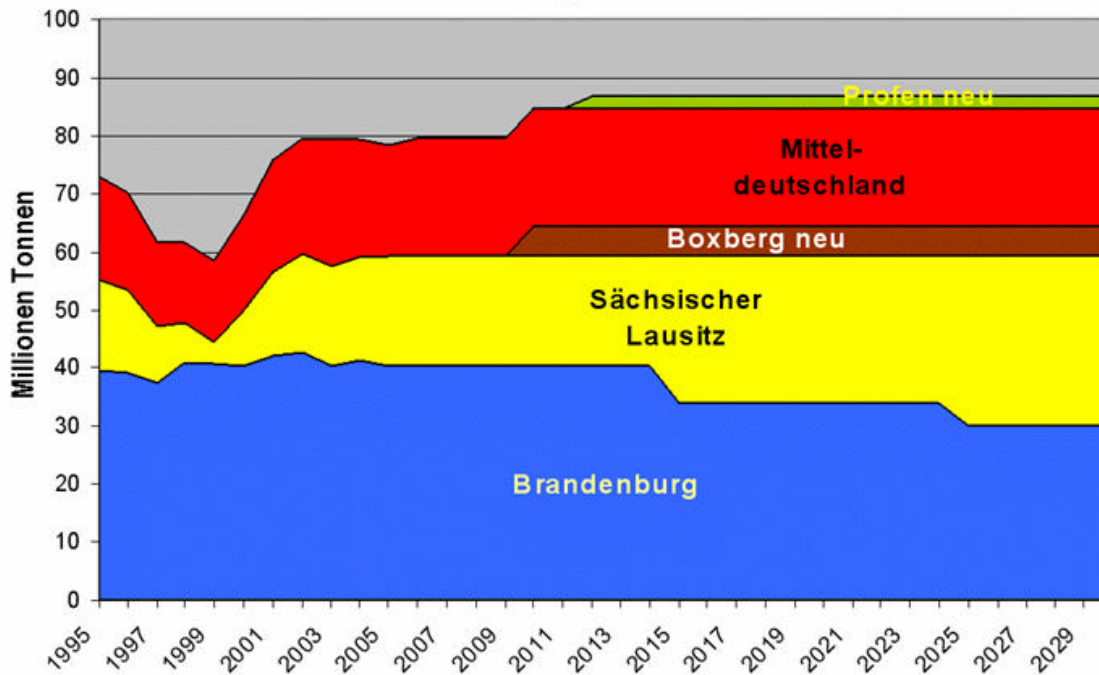
- Die Kohleförderung in Brandenburg soll bis Mitte des Jahrhunderts stufenweise verringert werden.

Verschwiegen wird:

- Der Braunkohlebedarf in den neuen Bundesländer nimmt insgesamt wegen neuer Kraftwerke, der späteren Umrüstung auf CO₂-Abscheidung und eventuell auch der Kohleverflüssigung weiter zu.
- Das Braunkohledefizit in Brandenburg wird durch energieintensive Bahntransporte aus Sachsen ausgeglichen.
- Ostdeutschland leistet bis 2020 und darüber hinaus keinen Beitrag zur zusätzlichen CO₂-Reduzierung.

Der ostdeutsche Kraftwerkspark wird in Zukunft noch mehr Braunkohle verbrauchen.

Braunkohleförderung neue Bundesländer



Mythos Nr. 3: Der regionale Wasserhaushalt wird nur unwesentlich durch den Bergbau beeinflusst.

Wahr ist:

- Das im Vorfeld der Braunkohlenutzung gehobene Wasser wird zur Flutung von Bergbauseen verwendet.

Verschwiegen wird:

- Das Grundwasserdefizit ist aufgrund von Bergbau und Kraftwerksverdampfung erheblich (Lausitz: 7 Mrd. m³).
- Der Bergbautreibende zahlt allenfalls eine geringe Wasserhebungsgebühr.
- Der sommerliche Niederschlag nimmt bis 2050 infolge des Klimawandels um mindestens 30% weiter ab.
- Die DDR war bereits das wasserärmste Industrieland der Welt. Aufkommen & Nutzung hielten sich die Waage.

Tagebauförderung schädigt den regionalen Wasserhaushalt.

- Der Grundwasserentzug des Kohleabbaus trägt zur weiträumigen Wasserverknappung bei, die durch Dampfabgabe am Kraftwerk nochmals verstärkt wird.
- Bis 2025 liegen die Wasservorräte pro Einwohner in Mitteleuropa ähnlich niedrig wie in China oder dem mittleren Osten.

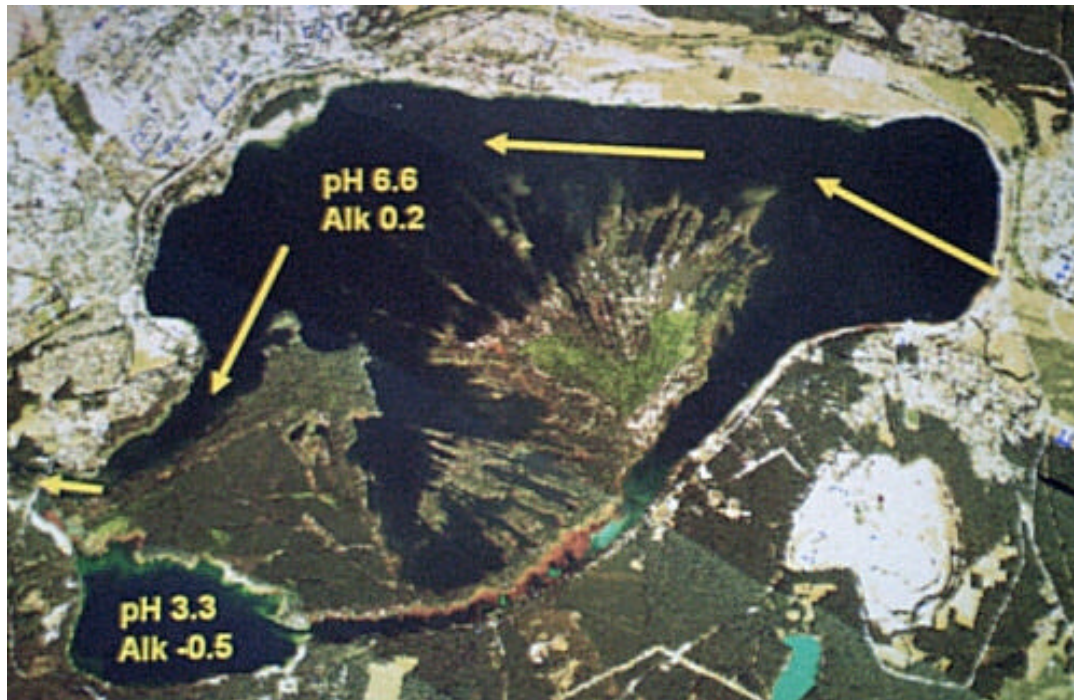


Grundwasserabsenkung bei Leipzig



Weltwasserkarte 2025

Ausgelaugtes Eisendisulfid führt zu Übersäuerung von Bergbauseen.



Der obere Bereich des Senftenberger Sees ist so sauer wie Haushaltsessig.

Mythos Nr. 4: Braunkohle sichert Beschäftigung.

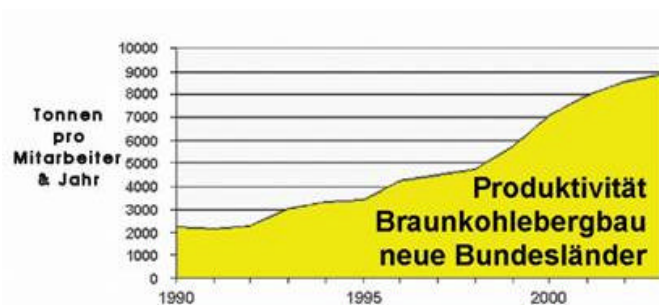
Wahr ist:

- Es gibt insgesamt ca. 22.000 Arbeitsplätze beim Bergbau und in den Kraftwerken.

Verschwiegen wird:

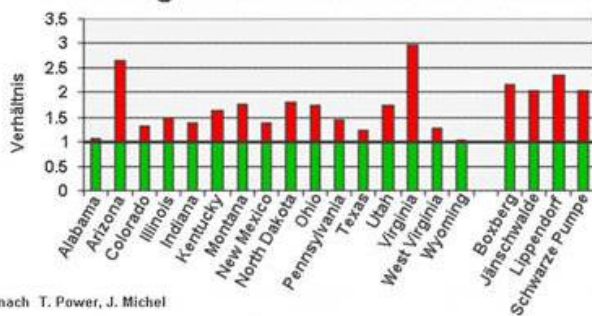
- Die Produktivität im ostdeutschen Bergbau hat sich seit der Wiedervereinigung vervierfacht.
- Zulieferbetriebe haben bessere Aussichten in Bezug auf die zehnfache Beschäftigung (235.000 Arbeitsplätze) bei den erneuerbaren Energien.
- Die höchsten Arbeitslosenquoten werden in den Braunkohlenrevieren registriert.

Negative arbeitsmarktpolitische Folgen aus dem hochrationalisierten Bergbau



- Steigende Produktivität im ostdeutschen Bergbau setzt Arbeitskräfte frei.
- In den Bergbauregionen in Deutschland (wie auch in den USA) verharrt die Arbeitslosigkeit auf einem überdurchschnittlich hohen Niveau.

Arbeitslosigkeit in Landkreisen des Bergbaus im Vergleich zum Landesdurchschnitt



nach T. Power, J. Michel

Steinkohle USA

Braunkohle Deutschland

Mythos Nr. 5: Umsiedlungen sind sozialverträglich.

Wahr ist:

- Das Bundesberggesetz sieht eine Entschädigung von Bergbaubetroffenen vor.
- Eine Umsiedlung wirkt im Einzelfall finanziell entlastend.

Verschwiegen wird:

- Eine geschlossene Umsiedlung erfordert den Umzug in ein bezugsloses Neubaugebiet.
- Mit der Vergütung für ein altes Haus kann kein gleichwertiges Neueigentum angeschafft werden.
- Die Baupreisentwicklung wird unzureichend bewertet.
- Rechtsklagen vereiteln eine geschlossene Umsiedlung, da einzelne Eigentümer schon frühzeitig die Gemeinschaft verlassen.

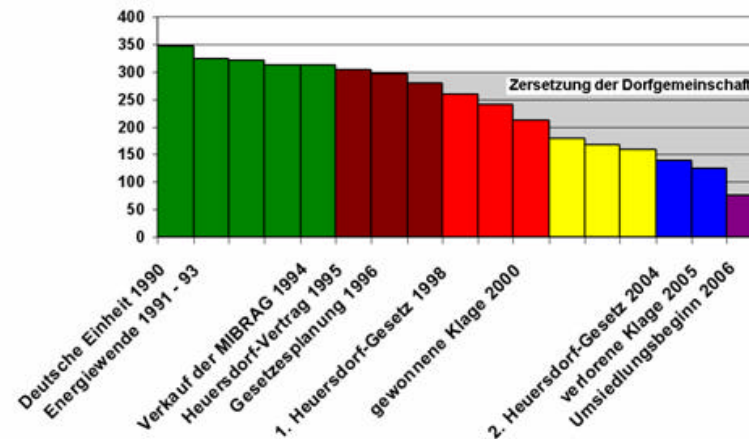
Der Bevölkerungsabbau setzt bald ein und macht eine gemeinsame Umsiedlung unmöglich.

Die Behauptung



Die Realität

Einwohnerentwicklung Heuersdorf



Eine gemeinsame Umsiedlung erfordert den frühzeitigen Verzicht aller Einwohner auf ihr Klagerecht. Daraus ergibt sich eine **geschlossene Selbstentrechtung**.

Grundabtretungen ggf. mit Zwangsumsiedlung werden mit dem Bundesberggesetz durchgesetzt.

BBergG § 79 Voraussetzungen für die Zulässigkeit der Grundabtretung

(1) Die Grundabtretung ist im einzelnen Falle zulässig, wenn sie dem Wohle der Allgemeinheit dient, insbesondere

- die Versorgung des Marktes mit Rohstoffen,
- die Erhaltung der Arbeitsplätze im Bergbau,
- der Bestand oder die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur
- oder der sinnvolle und planmäßige Abbau der Lagerstätte gesichert werden sollen (...).

Möglichkeiten zur Umgehung dieser Bestimmungen:

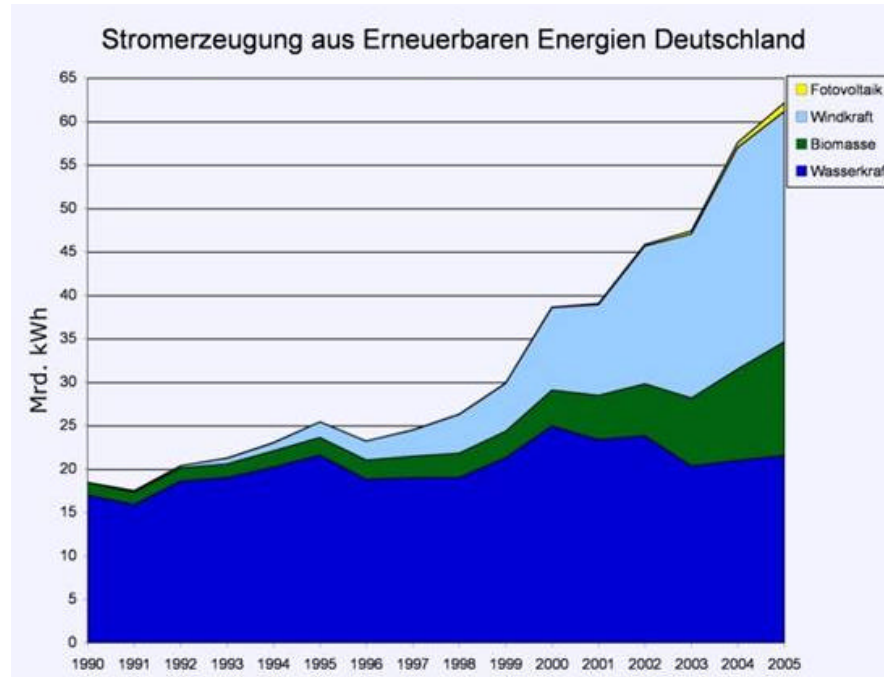
Das Berggesetz ändern (doch Übergangsregelung wahrscheinlich).

Alternative Wirtschaftskonzepte (z. B. Wind- und Solarparks) mit erhöhter Beschäftigungswirkung ansiedeln.

**Erneuerbare Energien stellen ein wirtschaftliches
Fundament für Initiativen gegen die Braunkohle dar.**

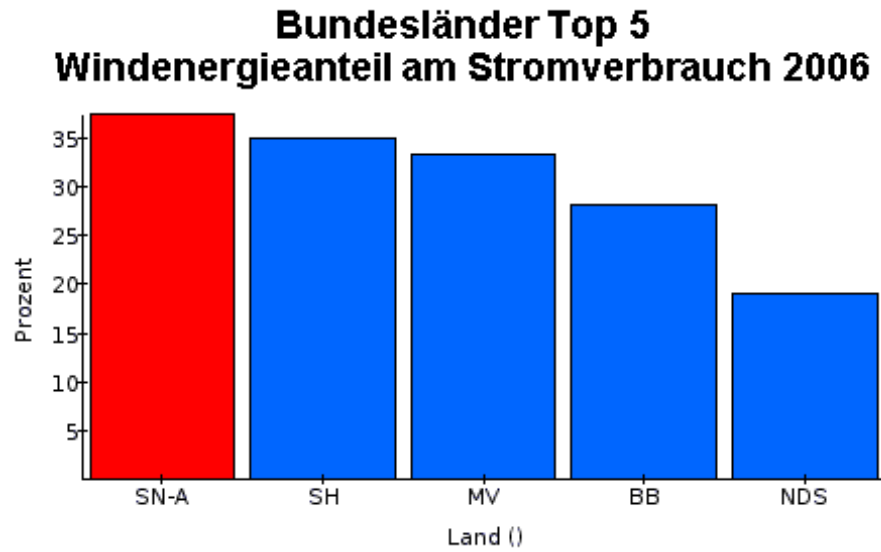
Industriewirtschaftliches Profil		
	Braunkohle	Erneuerbare Energien
Versorgungssicherheit	Gut	Entwicklungsbedürftig
Exportfähigkeit	Nur als anonymer Strom	Markenprodukte mit steigendem Absatzpotential
Investitionsrisiko	Wegen CO₂-Ausstoß investitionsgefährdend	Dauerhaft niedrig
Umweltauswirkung	Sehr negativ	Kaum belastend
Standortattraktivität	Branchenfremden Investitionen abweisend	Progressiv wirkend
Demographische Auswirkung	Erodierend	Stabilisierend
Langfristergebnis	Ressourcenerschöpfung	Nach Amortisierung konkurrenzlos billige Energie

Der Strom aus Erneuerbaren Energien nimmt erheblich zu.



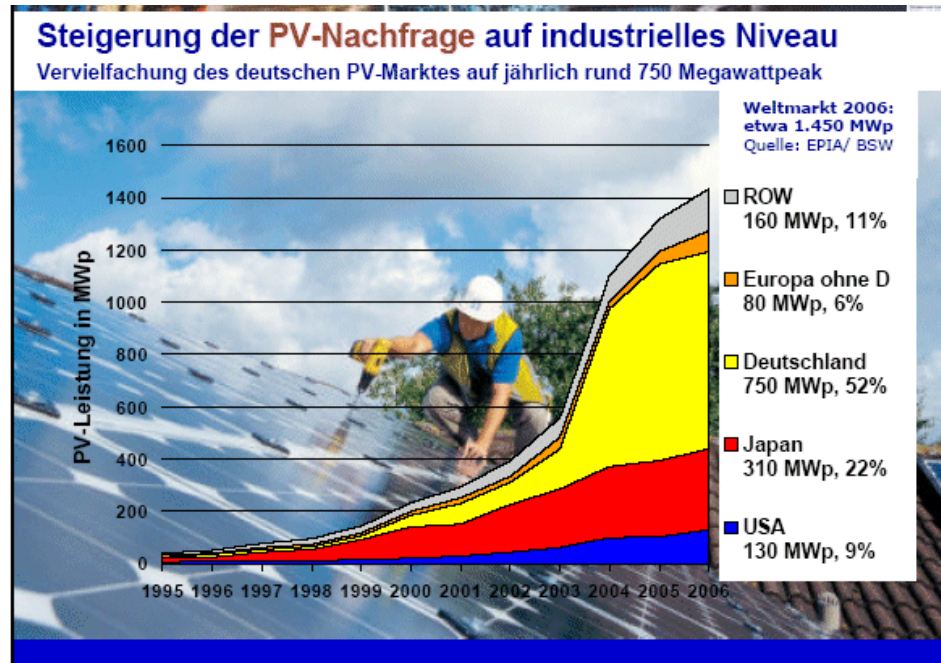
Derzeit (2007) stammen gut 14% des elektrischen Stromes in Deutschland aus erneuerbaren Quellen.

Das Braunkohleland Sachsen-Anhalt hat mit 37,5% den bundesweit höchsten Windstromanteil.

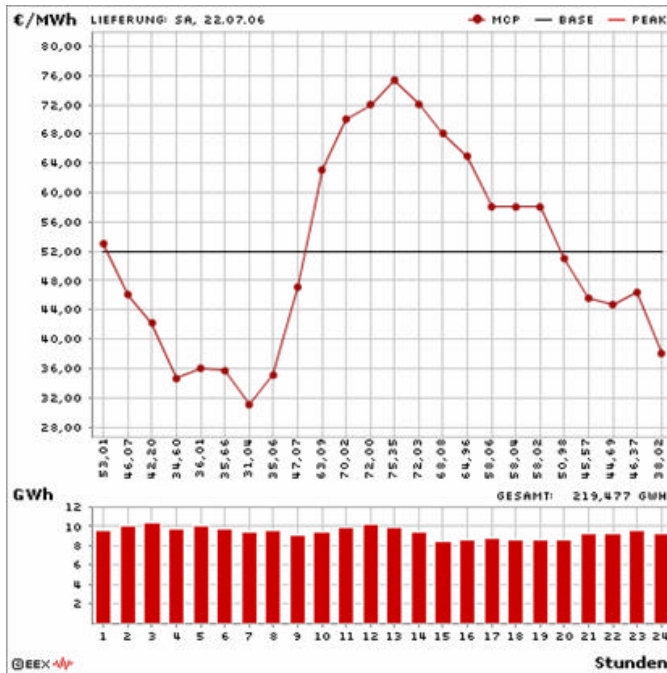


Der Anteil der Braunkohle am Stromverbrauch in Sachsen-Anhalt ist in zwei Jahren von 63% auf 45% gefallen.

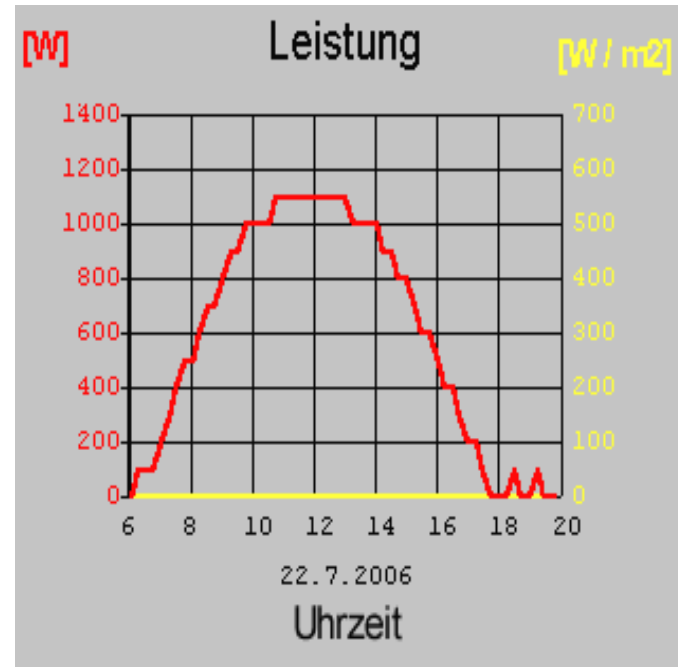
Jede zweite Photovoltaikanlage auf der Welt befindet sich in Deutschland.



Eine PV-Anlage liefert elektrische Energie gerade dann, wenn der Strom teuer gehandelt wird

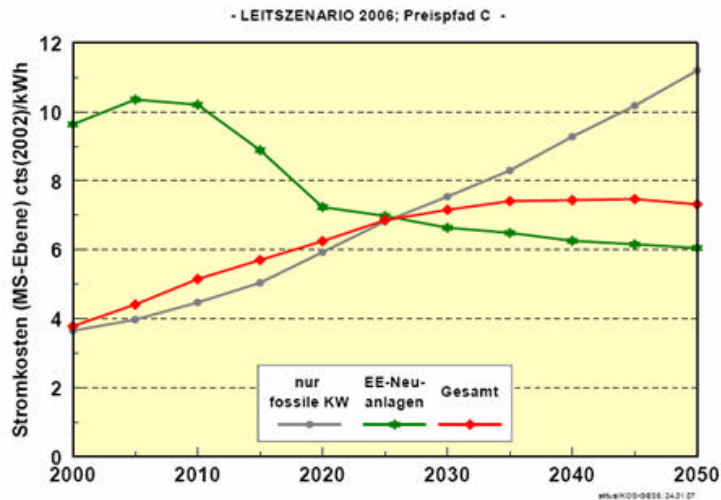


Leipziger Strombörse EEX



Photovoltaikanlage

Strom aus Erneuerbare Energien wird im Zeitraffer wettbewerbsfähig.



Die von DLR geschätzte Kostenüberschneidung im Jahre 2025 unterstellt einen Erdölpreis von \$75/bbl bis 2020 sowie CO₂-Vermeidungskosten von 20 €/t.

Der Ölpreis hat diese Schwelle bereits überschritten.

Die Abscheidung, Beförderung und Ablagerung einer Tonne CO₂ werden auch weit mehr als 20 Euro kosten.